

f) f.1 Ich habe noch an keiner anderen Stelle einen Antrag auf Zulassung zur Jägerprüfung gestellt.

f.2 Ich habe

am: _____

bei: _____

einen Antrag auf Zulassung zur Jägerprüfung gestellt. Ich wurde nicht zugelassen, weil

f.3 Ich habe noch an keiner Jägerprüfung teilgenommen.

f.4 Ich habe an der vom Prüfungsausschuss

des Bundeslandes: _____

Kreis: _____

am: _____

abgehaltenen Jägerprüfung teilgenommen (letzten Versuch angeben).

f.5 Ich bin am: _____
durch die Prüfung gefallen.

2. Ich verpflichte mich, zu Beginn des Lehrgangs die Lehrgangsgebühren, die Unfall/Haftpflicht-Versicherungsprämie und die Prüfungsgebühr auf das Konto der Vereinigung der Jäger des Saarlandes, bei der Bank 1 Saar eG, IBAN DE59 5919 0000 0064 3680 01, BIC SABADE5S einzuzahlen.

3. Ich versichere, dass ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe und dass die beigefügten Unterlagen der Wahrheit entsprechen. Es ist mir bekannt, dass ich im Falle unrichtiger oder unvollständiger Angaben oder im Falle der Vorlage unzutreffender Unterlagen oder nicht rechtzeitiger Entrichtung der Gebühren von der Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen werden kann, und dass die von mir abgelegte Prüfung und ein mir darauf erteilter Jagdschein für nichtig erklärt sowie Prüfungszeugnis und Jagdschein entzogen werden können.

4. Nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind wir verpflichtet, betroffene Personen über die Erfassung ihrer personenbezogenen Daten und unseren Umgang damit zu informieren: Daten, die wir von Ihnen erhalten, verwenden wir grundsätzlich **nur für die Zwecke**, für die wir sie erhalten oder erhoben haben: Begründung, Durchführung, Ausgestaltung und Beendigung eines Ausbildungsverhältnisses mit dem Ziel der Abnahme der Jäger- bzw. Falkner- oder Jagdaufseherprüfung, im Falle der Ausbildung bei einer privaten Jagdschule nur die **Abnahme der Prüfung und Zuteilung des Prüfungszeugnisses. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Ziffer 1 c) DSGVO: § 48 Abs. 4 Ziffer 1 SJG, §§ 16 ff. DV-SJG i.V.m. § 4 SDSG. Wir haben einen **Datenschutzbeauftragten** benannt. Sie können sich in **Fragen des Datenschutzes an diesen wenden**, und zwar unter datenschutz@ra-wiesen.de oder schriftlich unter unserer Anschrift mit dem Zusatz „Der Datenschutzbeauftragte“.**

Anlage 1: Polizeiliches Führungszeugnis neueren Datums
Anlage 2: Einverständniserklärung und die Berechtigungsbescheinigung gemäß § 27 Abs. 5 Waffengesetz der gesetzlichen Vertreter mit genauer Anschrift (bei Minderjährigkeit)

Ort und Datum: _____

Unterschrift: _____

Dieser Antrag ist bei der Vereinigung der Jäger des Saarlandes, Jägerheim – Lachwald 5, 66793 Saarwellingen, einzureichen.

§ 17 BJG – Versagung des Jagdscheines

1 Der Jagdschein ist zu versagen

- Personen, die noch nicht sechzehn Jahre alt sind;
- Personen, bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie die erforderliche Zuverlässigkeit oder körperliche Eignung nicht besitzen;
- Personen, denen der Jagdschein entzogen ist, während der Dauer der Entziehung oder einer Sperre (§§ 18, 41 Abs. 2)
- Personen, die keine ausreichende Jagdhaftpflichtversicherung (500.000 Euro für Personenschäden und 50.000 Euro für Sachschäden) nachweisen; die Versicherung kann nur bei einem im Geltungsbereich dieses Gesetzes zum Betrieb der Jagdhaftpflichtversicherung befugten Versicherungsunternehmen genommen werden; (geändert durch BGBI I S. 387/83); die Länder können den Abschluss einer Gemeinschaftsversicherung ohne Beteiligungszwang zulassen.

2 Der Jagdschein kann versagt werden

- Personen, die noch nicht achtzehn Jahre alt sind;
- Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind;
- Personen, die nicht mindestens 3 Jahre ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt ununterbrochen im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben;
- Personen, die gegen Grundsätze des § 1 Abs. 3 schwer oder wiederholt verstoßen haben.

3 Die erforderliche Zuverlässigkeit besitzen Personen nicht, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie

- Waffen oder Munition missbräuchlich oder leichtsinnig verwenden werden;
- mit Waffen oder Munition nicht vorsichtig und sachgemäß umgehen und diese Gegenstände nicht sorgfältig verwahren werden;
- Waffen und Munition an Personen überlassen werden, die zur Ausübung der tatsächlichen Gewalt über diese Gegenstände nicht berechtigt sind.

4 Die erforderliche Zuverlässigkeit besitzen in der Regel Personen nicht, die

- a) wegen eines Verbrechens,

b) wegen eines vorsätzlichen Vergehens, das eine der Annahmen im Sinne des Absatzes 3 Nr. 1 bis 3 rechtfertigt,

c) wegen einer fahrlässigen Straftat im Zusammenhang mit dem Umgang mit Waffen, Munition oder Sprengstoff.

d) wegen einer Straftat gegen jagdrechtliche, tierschutzrechtliche oder naturschutzrechtliche Vorschriften, das Waffengesetz, das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen, das Sprengstoffgesetz oder nach den im Land Berlin geltenden entsprechenden Vorschriften zu einer Freiheitsstrafe, Jugendstrafe, Geldstrafe von mindestens 60 Tagesstrafen oder mindestens zweimal zu einer geringen Geldstrafe rechtskräftig verurteilt worden sind, wenn seit dem Eintritt der Rechtskraft der letzten Verurteilung fünf Jahre nicht verstrichen sind; in die Frist wird die Zeit eingerechnet, die seit der Vollziehbarkeit des Widerrufs oder der Rücknahme eines Jagdscheines oder eines Waffenbesitzverbotes nach § 40 des Waffengesetzes wegen der Tat, die der letzten Verurteilung zugrunde liegt, verstrichen ist; in die Frist nicht eingerechnet wird die Zeit, in welcher der Beteiligte auf behördliche oder richterliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt worden ist;

- wiederholt oder gröblich gegen eine in Nr. 1 Buchstabe d genannte Vorschrift verstoßen haben;
- geschäftsunfähig oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkt sind;
- trunksüchtig, rauschmittelsüchtig, geisteskrank oder geistesschwach sind.

5 Ist ein Verfahren nach Absatz 4 Nr. 1 noch nicht abgeschlossen,

so kann die zuständige Behörde die Entscheidung über den Antrag auf Erteilung des Jagdscheines bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens aussetzen. Die Zeit der Aussetzung des Verfahrens ist in die Frist nach Absatz 4 Nr. 1 erster Halbsatz einzurechnen.

6 Sind Tatsachen bekannt, die Bedenken gegen die Zuverlässigkeit nach

Absatz 4 Nr. 4 oder die körperliche Eignung nach Absatz 1 Nr. 2 begründen, so kann die zuständige Behörde dem Beteiligten die Vorlage eines amts- oder fachärztlichen Zeugnisses über die geistige und körperliche Eignung aufgeben.

Anmerkung zu Abs. 2 Ziff. 4

§ 1 Abs. 3 BJG lautet: „Bei Ausübung der Jagd sind die allgemeinen anerkannten Grundsätze deutscher Waidgerechtigkeit zu beachten.“